

Zur grossen Uni-Debatte im Baselbieter Landrat Ratsmehrheit fordert Kostensenkungen – und eine Abkehr von

Landrat gibt der Uni einen klaren Auftrag zum Sparen

Die Debatte im Landrat zum Vorstösse-Paket der FDP wurde gestern zum grossen Stimmungstest für die Baselbieter Uni-Trägerschaft. Eine Mehrheit im Parlament und wohl auch die Regierung drängt auf einen neuen Finanzierungsschlüssel bei der gemeinsam mit Basel-Stadt getragenen Universität.

VON HANS-MARTIN JERMANN

Auf dem Papier entschied der Baselbieter Landrat gestern über jene sieben Vorstösse, mit denen die FDP Sparmassnahmen und Mehreinnahmen bei der Universität Basel fordert. Damit soll gemäss FDP der jährliche Beitrag des Landkantons an der gemeinsam mit Basel finanzierten Uni um 40 bis 60 Millionen Franken sinken. Letztlich hiess der Landrat sechs der sieben Begehren gut.

Die Regierung wird nun Kostenoptimierungen prüfen müssen. Die Bedeutung dieser Entscheide dürfte sich dennoch in Grenzen halten. Einerseits sind einige Forderungen nicht durch Basel-Stadt alleine umsetzbar. Andererseits sind sie teils ohnehin Bestandteil der laufenden Verhandlungen der Regierungen beider Basel zur künftigen Uni-Finanzierung. Bezeichnend, dass mit Caroline Mall (SVP) eine pointiert bürgerliche Politikerin kritisch nachfragte, ob es sinnvoll sei, die Vorstösse zu überweisen.

«Schlimmster Entscheid»

Dennoch war gestern ein bedeutender Tag. Die fast dreistündige Monster-Debatte kann als Stimmungstest für die Baselbieter Uni-Trägerschaft interpretiert werden. Die in den Verhandlungen federführenden Regierungsräte Monica Gschwind und Anton Lauber hörten jedenfalls genau zu. Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) brachte mit kernigen Aussagen die Debatte in Schwung: über die Bedeutung der Uni

170

Millionen Franken bezahlt der Kanton Baselland 2017 an die Universität Basel, das sind 43 Millionen Mehr als vor zehn Jahren, als Baselland Mitträger der Uni wurde.

35

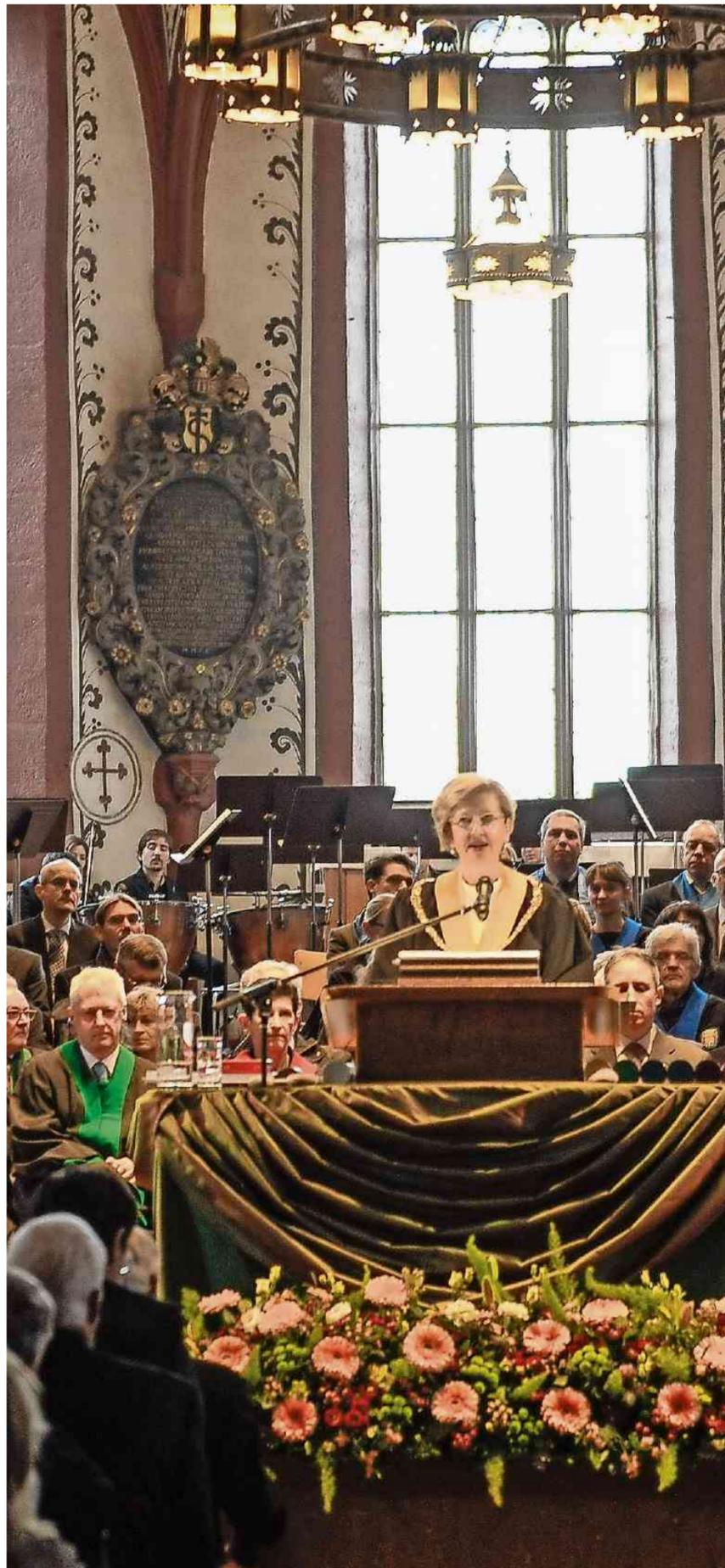
Prozent soll laut Idee der SVP künftig die Beteiligung des Landkantons am Restdefizit der Uni betragen. 65 Prozent müsste demnach Basel-Stadt berappen. Heute teilen sich die beiden Basel den Fehlbetrag paritätisch.

für die Region müsse man nicht diskutieren, diese sei unbestritten. Doch habe sich der Landkanton mit der paritätischen Beteiligung übernommen: «Die 50:50-Finanzierung ist der schlimmste Entscheid, den der Landrat in den vergangenen zehn Jahren getroffen hat», sagte Ringgenberg. Es sei die normalste Sache, dass der Beitragsschlüssel nun neu verhandelt werden soll. Parteikollege Hanspeter Weibel nannte Zahlen: Nehme man das Steueraufkommen pro Kopf als Bemessungsgrundlage, dann resultiere zwischen Stadt und Land ein Verhältnis von 65 zu 35. So könnte Baselland, das 2017 mit knapp 170 Millionen 43 Millionen mehr an die Uni bezahlt als noch zehn Jahre zuvor, stark entlastet werden.

Bürgerliche Widersprüche

Andreas Dürr (FDP) wehrte sich gegen die Vorwürfe, seine Partei betätige sich als Totengräberin der Uni. Das Gegenteil sei wahr: «Die Uni ist unser Kind, das wir lieben. Doch das beste Mami ist nicht jenes, das seinem Kind jeden Schleckstängel kauft, sondern jenes, das dafür sorgt, dass das Kind das Richtige isst.» Auch gab er seinem Ärger darüber Ausdruck, dass der Ruf nach Effizienzsteigerungen als Bildungsabbau bezeichnet werde. Die CVP/BDP-Fraktion fordert anders als SVP und FDP eine «Konsolidierung» der Kosten, wie Sprecherin Béatrix von Sury d'Aspremont sagte. Ein positives Signal sei, dass die Uni in ihrem Vorschlag an die Regierungen zum Leistungsauftrag 2018 bis 2021 selber Sparmassnahmen vorsehe.

SP-Fraktionschefin Miriam Locher stellte klar, dass die Senkung des Kan-



Geht es nach dem Landrat, werden die Uni-Oberen künftig nicht mehr so viel zu feiern haben wie

tionsbeitrags in der von der FDP geforderten Höhe nicht infrage komme. «Wir müssen aufhören, die Uni bloss als Kostenverursacherin zu sehen», sagte sie und verwies auf jene 943 Millionen Franken, welche die Hochschule pro Jahr an Wertschöpfung generiere. Den Bürgerlichen hielt Locher Widersprüche vor Augen: «Ihr fordert mehr Mitsprache des Baselbiets bei der Uni, wollt aber gleichzeitig die Beiträge kürzen - das geht nicht auf.» Grünen-Präsidentin Florence Brenzikofler kritisierte insbesondere die FDP dafür, dass diese nun Beschlüsse infrage stelle, die sie noch vor wenigen Jahren unterstützt habe. Es sei wichtig, dass Baselland gegenüber Basel-Stadt als solider und vertrauenswürdiger Partner agiere.

Aufschlussreich waren die Aussagen der Regierungsräte Lauber (nebenstehendes Interview) und Gschwind: «Wir halten an der bikantonalen Uni-Trägerschaft fest. Wichtig ist aber, dass beide

Kantone darin Perspektiven sehen», sagte die Bildungsdirektorin. Bereits bestehe ein Konsens mit Basel-Stadt, dass das von den Kantonen zu tragende Defizit zu senken sei. Gschwind wies auf den Investitionsbedarf von 1,2 Milliarden hin sowie darauf, dass die jüngsten Uni-Bauten paritätisch finanziert worden seien. Mit einer verunglückten Aussage hierzu sorgte sie für Stirnrunzeln: «Die Treppe im neuen Biozentrum, auf der sich die Basler Regierung fürs offizielle Foto hat ablichten lassen, wurde zur Hälfte von Basel-Stadt bezahlt.»

Planwirtschaftliche Ideen

Nach der langen Grundsatzdebatte wurden dann tatsächlich die FDP-Vorstösse verhandelt. Mit 55 zu 27 Stimmen wurde die Regierung etwa beauftragt, höhere Studiengebühren für ausländische Studierende zu prüfen. Dabei gab es vereinzelte Ja-Stimmen

LANDRAT

der 50:50-Finanzierung mit Basel



am Dies Academicus. BZ-ARCHIV/MTO

«Ein Landschäftler als Präsident des Unirats wär schön»

Finanzdirektor Anton Lauber will bei den Verhandlungen mit Basel-Stadt eine 50:50-Finanzierung der Uni nicht mehr akzeptieren.

VON MICHAEL NITTAUS

Herr Lauber, was nehmen Sie aus dieser Monster-Debatte um die Uni-Finanzierung mit?

Anton Lauber: Ich fand sie gut. Demokratie bedeutet diskutieren. Sie bedeutet auch, Fragen zu stellen. Das haben wir ja an der Uni gelernt. Im Raum stand aber auch der Vorwurf, man wolle die Uni zu Tode sparen. Solche Polemiken bedaure ich sehr, denn sie sind schlichtweg falsch. Es ist aber wichtig, dass wir nach zehn Jahren beginnen, Fragen zum Staatsvertrag zu stellen.

Nüchtern muss man aber festhalten, dass das einzige Postulat, das finanziell ins Gewicht gefallen wäre - 40 Millionen sparen bei der Forschung - abgelehnt wurde. Da bleibt doch letztlich kaum mehr als ein ganz allgemeines Signal des Landrats.

Es ist nicht an mir, die Qualität der Postulate zu kommentieren. Mit der Überweisung von 6 der 7 Vorstösse hat der Landrat aber ein Zeichen gesetzt. Ausserdem ist es gar nicht Aufgabe des Parlaments, ins operative Geschäft einzugreifen und selber Sparmöglichkeiten zu definieren. Das Signal war heute also wohl tatsächlich das Wichtigste am Ganzen. Von der Uni wird nun ein Schritt erwartet. Dieses Signal ist für mich wichtig beim weiteren Verhandeln mit Basel-Stadt, insbesondere bei der Frage des Kostenteilers.

Während der Debatte fanden Sie dazu klare Worte: Was ist ihre Erwartung?

Die paritätische Unifinanzierung ist heute nicht mehr gerechtfertigt. Der Kostenteiler besteht seit dem Staatsvertrag von 2007 und bedeutet, dass das Uni-Defizit je hälftig von beiden Basel bezahlt wird. Das wurde so fixiert, statisch, ohne Dynamik. Das ist falsch für Verträge, die partnerschaftlich organisiert sind und einen langfristigen Horizont haben.

An was sollte sich der Kostenteiler ihrer Meinung nach denn orientieren?

Da gibt es verschiedene Überlegungen. Eine Möglichkeit wäre die Wertschöpfung, doch eignet sie sich nur bedingt für ein Finanzierungsmodell, da sie nicht strikt nach Stadt/Land konkretisiert werden kann. Dann gäbe es noch die Steuerkraft. Hier reden wir vom Ressourcenpotenzial, wie es beim Finanzausgleich erhoben wird. Doch geht es hier ja nicht um eine Umverteilung von Finanzmitteln, sondern um die Finanzierung einer bestimmten Institution. Zu diskutieren wäre weiter, das Kosten/Nutzen-Verhältnis herbeizuziehen. All dies können aber nur Kriterien sein für die Verhandlungen auf der Suche nach einem neuen Schlüssel.

Würden Sie den Vorschlag von SVP-Landrat Hanspeter Weibel, einen Kostenschlüssel von 65 zu 35 Prozent zugunsten Basellands, als Wunschdenken abstempeln?

Jetzt schon in der Öffentlichkeit Zahlen zu nennen, ist ein bisschen heikel. Es wird sicher weniger sein müssen als Halbe/Halbe und kann schon in einem Bereich sein von einem Drittel zu zwei Dritteln. Aber hier möchte ich mich noch nicht festlegen.

Was sagen Sie dazu, dass bürgerliche Politiker in der bz eine Neubesetzung des Unirates und einen Basellbieter Präsidenten gefordert haben?

Governance ist ein ganz wichtiger Aspekt in dieser Diskussion. Da geht es tatsächlich um die Frage der Zusammensetzung des Unirates und um das Präsidium. Ein Landschäftler als Präsident wär schon schön. Ansonsten ist es aber falsch, wenn diese Fragen personalisiert werden. Es geht nicht darum, die amtierenden Mitglieder abzustrafen, sondern um einen Wechsel, der auch wegen der Public-Corporate-Governance-Gesetzgebung ansteht. Im Unirat gibt es ja zwei, drei Mitglieder, die das 70. Altersjahr erreicht haben.



«Die paritätische Unifinanzierung ist heute nicht mehr gerechtfertigt.»

Anton Lauber Der Basellbieter Finanzdirektor ist Teil der Verhandlungsdelegation um den neuen Uni-Staatsvertrag zwischen beiden Basel

Ein anderes Sorgenkind ist der interkantonale Hochschulrat. Hier erteilte die Nationalratskommission Basellands Wunsch nach einem Sitz erneut eine Abfuhr. Wie frustrierend ist das für Sie?

Dass wir nicht im Hochschulrat sind, ist schon ein bisschen peinlich. Wir investieren am Viertmeisten aller Kantone in eine Universität und fast ebenso viel in eine Fachhochschule. So viel übrigens zum Thema, wir würden Bildungsabbau betreiben. Von dem her schmerzt es schon, dass wir die Anerkennung als universitärer Hochschul- und als Fachhochschul-Standort nicht erhalten.

Gibt der Kanton hier langsam auf?

Nein, aufgeben werden wir nie. Es gäbe ja verschiedene Möglichkeiten, zum Beispiel könnte man die Sitzzahl im Hochschulrat erhöhen. Bis jetzt war ja immer das Problem, dass ein anderer Kanton aus dem Rat hinaus müsste, damit wir Platz hätten. Wir werden wohl einfach weiter lobbyieren und das Ziel verfolgen müssen.

Millionen für die neuen Schulen

Riehen Für den baulichen Unterhalt der Schulhäuser und Kindergärten gibt Riehen 2,65 Millionen Franken aus

VON TOBIAS GFELLER

Nachdem die Gemeinde Riehen dem Kanton die Primarschulliegenschaften auf eigenem Boden abgekauft hat, ist sie nun für deren baulichen Unterhalt zuständig. Dafür genehmigte der Einwohnerrat am Mittwochabend 2,65 Millionen Franken für die Jahre 2017 und 2018. Das Geld wird aus dem dafür eigens geschaffenen Fonds finanziert, in den die Gemeinde jährlich 2,5 Prozent des Gebäudeversicherungswerts der Schulliegenschaften einzahlt. Dies entspricht aktuell jährlich 3,15 Millionen Franken. Für Patrick Huber (CVP/GLP) als Präsident der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen, brachte auf den Punkt, den alle Fraktionen teilten. «Nach der Vereinbarung mit dem Kanton und dem Kauf der Schulliegenschaften müssen wir jetzt auch die Verantwortung dafür übernehmen.» Dementsprechend unbestritten war die Vorlage im Gesamteinwohnerrat.

Neue Lüftung für Schwimmhalle

In den beiden Planungsjahren stehen unter anderem ausserordentliche Unterhaltsarbeiten für die Sanierung der Heizungen in den Schulhäusern Erlensträsschen und Wasserstelzen für 180 000 beziehungsweise 200 000 Franken an. Im Schulhaus Wasserstelzen wird zudem die Lüftung der Schwimmhalle für 280 000 Franken ersetzt. Mit ausserordentlichen Ausgaben für den Unterhalt der Schulhäuser kommen so in den beiden Planungsjahren 900 000 Franken zusammen. Die restlichen 1,75 Millionen Franken entsprechen ordentlichem Unterhalt in Bau und Technik.

Ein gemeinsames Abonnement für das Naturbad Riehen und das Gartenbad Bettingen lässt sich nicht realisieren. Dies erklärte Gemeinderätin Christine Kaufmann (EVP) in ihrer Beantwortung des von gleich 28 Einwohnerräten unterzeichneten Anzugs von Thomas Strahm (LDP). Für die Abklärung hat Kaufmann das Gespräch mit der Gemeinde Bettingen gesucht und ist dort auf Ablehnung gestossen. Unter anderem wegen unterschiedlichen Preisen sei ein gemeinsames Abonnement schwierig umzusetzen. «Zudem ist das Ticketsystem der beiden Bäder unterschiedlich», so Kaufmann. Das Naturbad Riehen hat elektronische Tickets, das Gartenbad Bettingen solche in Papierform. Bettingen plane auch im Rahmen der Gartenbadsanierung keine Umstellung auf ein modernes Ticketsystem.

Ermässigung nur für Bettinger

Als möglicher Kompromiss wurde von Riehener Seite vorgeschlagen, dass Saisonabonnement-Besitzer jeweils im anderen Bad vergünstigte Einzeleintritte beziehen können. Doch auch dieser Vorschlag stiess in Bettingen nicht auf Interesse. «Das Bettinger Gartenbad will die Besucherzahl nicht steigern und allfällige Vergünstigungen sollen höchstens für die Bettinger Bevölkerung gelten», antwortete Kaufmann. Die Preise für die beiden Bäder sind schon so tiefer als in den Gartenbädern in der Stadt. Die Gemeinde Bettingen hat deshalb allen Ideen eines gemeinsamen Ticketings oder eines gemeinsamen Preismodells eine Absage erteilt. Thomas Strahm und der Riehener Gemeinderat gingen mit ihrem Vorhaben in Bettingen sprichwörtlich baden.



Im Schulhaus Erlensträsschen muss die Heizug saniert werden.

NIZ

Handelsschule

Basta-Grossrätin Messerli will KV besser kontrollieren lassen

Gestern schrieb die bz, dass die anhaltenden Unruhen im KV noch diesen Sommer die Politik beschäftigen dürften, da die Geschäftsprüfungskommission die Vorgänge an der Handelsschule des kaufmännischen Verbands genau unter die Lupe nehmen wird. Nun liegt auch ein politischer Vorstoss vor, der auf die Aufsichtspflicht des Erziehungsdepartements abzielt. Beatrice Messerli von der Basta verlangt Antworten von der Regierung: «Wie setzt sich derzeit das Kontrollorgan, die Unterrichtskommission, der HKV Basel zusammen?»

fragt Messerli etwa. Zudem soll die Regierung prüfen, ob künftig Personalscheide des KV der staatlichen Personalrevisionskommission unterstellt werden könnten. Auch KV-Schulleiterin Marianne Schneider - welche wiederholt in der Kritik stand - soll überprüft werden: «Könnte es sinnvoll sein, die Schulleiterin, in Anbetracht der doch massiven Missstimmungen zwischen Schulleitung und Lehrpersonen, bereits früher durch eine Nachfolgelösung zu entlasten oder einem anderen Aufgabenbereich zuzuteilen?» (BZ)